

# Protokoll

der Sitzung vom

**14. November 2003**

im Rathaus Freiburg

**Vorsitz: Christian Levrat, Präsident**

Anwesend: 119 Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte.

Entschuldigt: Isabelle Joye, Joseph Binz, Cédric Bossart, Josef Fasel, Patrik Gruber, Jean-Bernard Repond, Joseph Rey, Kurt Sager, André Schoenenweid, Olivier Suter und Philippe Vallet.

## **1. Eröffnung der Sitzung und Mitteilungen**

**Der Präsident** eröffnet die Sitzung um 08.30 Uhr. Er geht zu den Mitteilungen über: Geburtstage (Dominique Virdis Yerly und Frédéric Sudan); nächste Sitzung des Büros mit den Fraktionspräsidenten (kommenden Donnerstag um 16 Uhr).

## **2. Einzelberatung der Artikel des Vorentwurfs (Fortsetzung der zweiten Lesung)**

**Der Präsident** gibt bekannt, dass die Art. 45 bis 48 nach der Pause behandelt werden, damit die Deutschsprachigen die Möglichkeit haben, die Übersetzung des Antrags von Alain Berset, die eben ausgeteilt worden ist, zur Kenntnis zu nehmen.

## *IV. TITEL*

### *Der Staat*

## *ERSTES KAPITEL*

### *Aufgaben*

**Erika Schnyder** erläutert die Arbeiten, die in der Folge des Vernehmlassungsverfahrens erledigt worden sind. Die Kommission 3 hat einstimmig beschlossen, einen einzigen Artikel mit der Gesamtheit der Staatsaufgaben festzuhalten. Sie hat dagegen mehrere Streichungsanträge gestellt, was teilweise die vielen Minderheitsberichte erklärt. Bestimmte Fragen hat sie vertieft, hat aber vor allem aus Zeitgründen nicht alle Debatten über die Themen in ihrer Kompetenz wiederholt. Die Mitglieder der Kommission haben wo möglich Kompromisse angestrebt. Sie haben in konstruktivem Geiste gearbeitet.

#### *Art. 57 Grundsätze*

##### *a) Aufgabenerfüllung*

**Erika Schnyder** erklärt, dass die Kommission 3 die Begriffe “Staat” und “Gemeinde” beibehalten wollte. Sie erläutert den Antrag der Kommission 3 (Streichung der Abs. 2 und 3).

Im Namen der Minderheit der Kommission wünscht **Vincent Brodard**, den gegenwärtigen Text des Vorentwurfs beizubehalten.

Im Namen der SP-Fraktion tut **Alexandre Grandjean** dasselbe.

Im Namen der CVP-Fraktion will **Joseph Eigenmann** bloss Abs. 3 streichen.

Im Namen der FDP-Fraktion unterstützt **Antoinette de Weck** den Streichungsantrag der Kommission 3.

Im Namen der OL-Fraktion beantragt **Marie Garnier** die Beibehaltung des gegenwärtigen Textes des Vorentwurfs.

**Jean-Claude Maillard** verlangt bloss die Streichung von Abs. 3.

**Marie Garnier** zitiert den Bericht des Staatsrats vom 28. Oktober 2003 zu den finanziellen Auswirkungen des Vorentwurfs der neuen Verfassung (ad Art. 57 Abs. 3, auf S. 9 ff.: “Si cet al. 3 [...] générations futures.”).

**Philippe Pasquier** verlangt die Beibehaltung von Abs. 3.

**Vincent Brodard** fragt sich, ob der Bundessouverän die AHV 1948 eingeführt hätte, wenn er die schlussendlichen Kosten gekannt hätte. Grundsatzfragen sollten nicht mit Diskussionen zu finanziellen Auswirkungen vermischt werden.

**Der Präsident** begrüsst den Präsidenten und die Mitglieder des Büros des Grossen Rates auf der Publikumbühne. Er dankt ihnen für den Besuch.

*Beifall.*

**Erika Schnyder** erklärt, dass die Kommission 3 vor allem aus Kostengründen die Abs. 2 und 3 gestrichen hat. – Das war übrigens ein Anliegen der Kommission 3 im Anschluss an das Vernehmlassungsverfahren. Im Gegensatz zum Staatsrat war die Kommission der Ansicht, dass

der Begriff “zugänglich” nicht besser sei als “bürgernah” und hat es deshalb vorgezogen, den Absatz zu streichen.

Da sein vorgeschlagenes Verfahren nicht bestritten wird, schreitet **der Präsident** zur Abstimmung (Streichung von Abs. 2 gemäss Antrag der Kommission 3?).

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 74 zu 37 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.*

**Der Präsident** schreitet zur folgenden Abstimmung (Streichung von Abs. 3 gemäss Antrag der Kommission 3?).

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 68 zu 42 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.*

*Art. 57 ist angenommen ohne Abs. 3.*

*Art. 58 [Grundsätze]*

*b) Aufgabenaufteilung zwischen Staat und Gemeinden*

**Erika Schnyder** stellt den Antrag der Kommission 3 (Streichung von Abs. 2).

**Laurent Schneuwly** stellt den Antrag der CVP-Fraktion (Abs. 1 beginnen mit “La loi attribue [...]”/“Das Gesetz weist [...]”, Abs. 2 streichen, in den Art. 59 bis 89 den Begriff “Staat und Gemeinden” durch “Der Kanton” ersetzen). Dieser Antrag hat folgende Gründe: (1) Die Aufgabenteilung muss zwischen den betroffenen Gemeinwesen diskutiert werden. – Nicht nur der “Staat” entscheidet. (2) Die Aufgabenteilung muss gesamthaft angegangen werden. (3) Diese Gesamtüberprüfung benötigt gemäss dem Verband der Freiburger Gemeinden drei oder vier Jahre. (4) Die neue Verfassung darf die Lage nicht zementieren. Die Annahme dieses Antrags schliesst nicht aus, eine Aufgabe einem besonderen Gemeinwesen anzuvertrauen, wenn dies aus politischen Gründen wirklich nötig erscheint (beispielsweise Art. 76 Abs. 1 und 2).

Im Namen der SP-Fraktion unterstützt **Alexandre Grandjean** den Antrag der Kommission. Persönlich findet er es angebracht, die Aufgabenaufteilung durch Gesetz zu regeln. Er meint ausserdem, dass der Antrag “der Kanton” der bis jetzt gebräuchlichen Wortwahl entspricht.

**Der Präsident** begrüsst Rudolf Vonlanthen, gewählter Präsident des Grossen Rates, auf der Publikumbühne. Er beglückwünscht ihn zu seiner glänzenden Wahl von letzter Woche.

*Beifall.*

**Antoinette de Weck** erläutert die von der Redaktionskommission angewandten Richtlinien zur Verwendung der Begriffe “Kanton”/“Staat”/“Gemeinden”: (1) “Kanton” bezeichnet die geografische Einheit gegenüber aussen (Bund, andere Kantone) in den allgemeinen Bestimmungen. (2) Genaue Bezeichnung des oder der Verantwortlichen einer öffentlichen Aufgabe (“Staat” und/oder “Gemeinden” – Das “und” kann hie und da ein “oder” sein). Sie ruft in Erinnerung, dass alle diese Bestimmungen bereits vom Rat gelesen und angenommen worden sind und erinnert sich beispielsweise an die Bestimmung über den Budgetausgleich, wo man bewusst entschieden hat, die Gemeinden nicht zu erwähnen. Sie weist darauf hin, dass der Begriff “Staat und Gemeinden” noch in andern Bestimmungen als in den Art. 59 bis 89 verwendet wird (Art. 10, 30, 90, 91, 153, usw.). Sie findet es schwierig, zurückzukommen und die Arbeit sowohl der Kommission 3 wie der Redaktionskommission in Frage zu stellen.

Im Namen der CSP unterstützt **Peter Jaeggi** den Antrag der CVP in Bezug auf Art. 58 Abs. 1.

Im Namen der Öff.-Fraktion schliesst sich **Félicien Morel** dem Antrag der CVP an.

Im Namen der FDP-Fraktion unterstützt **Denis Boivin** den Antrag der CVP für Art. 58 Abs. 1. Was die vorgeschlagene Änderung der Wortwahl betrifft, meint er persönlich, dass man kohärent sein muss: Einerseits darf man keine Ausnahmen zulassen – Laurent Schneuwly hat beispielsweise Art. 76 erwähnt. Andererseits sollte die Änderung der Wortwahl alle Artikel betreffen (und nicht nur die Art. 59 bis 89). Er fragt Laurent Schneuwly, ob er einverstanden wäre, seinen Antrag abzuändern, damit er sich auf den ganzen Vorentwurf bezieht.

**Laurent Schneuwly** präzisiert, dass die CVP-Fraktion eine Gesamtüberprüfung der Aufgabenteilung ermöglichen möchte. Auch wenn man annehmen kann, dass das “und” ein “oder” sein kann, meint er, dass wenn man schreibt, dass sich “Staat und Gemeinden” einer Aufgabe anzunehmen haben, dass dies heisst, dass beide Gemeinwesen betroffen sind. Er ist einverstanden, den Antrag der CVP-Fraktion abzuändern, damit er sich auf alle Aufgaben bezieht.

**Antoinette de Weck** verlangt, dass man erneut über alle Bestimmungen abstimmt, wenn der Antrag der CVP-Fraktion allgemein gültig wird. Art. 90 beispielsweise hat keinen Sinn mehr, wenn man die neue Wortwahl anwendet (“Der Kanton [...]”).

**Laurent Schneuwly** präzisiert, dass der Antrag der CVP bloss die öffentlichen Aufgaben betrifft. – Art. 90 gehört nicht dazu. Er wiederholt, dass man in der Verfassung keine Aufgabenteilung vornehmen kann und dass der Verband der Freiburger Gemeinden gegenwärtig eine insgesamte – und sektoriellere - Überprüfung der Frage vornehmen möchte.

**Michel Bavaud** fragt, ob nicht zu schreiben ist: “Der Staat und die Gemeinden teilen sich die Aufgaben.”

**Denis Boivin** antwortet Michel Bavaud, dass der beantragte Abs. 1 genau das sagt. Er meint, dass Laurent Schneuwly Recht hat: Die Änderung der Wortwahl muss bloss das Kapitel der Aufgaben betreffen.

**Antoinette de Weck** schlägt vor, dass die Redaktionskommission prüft, ob der Antrag der CVP-Fraktion machbar ist, um an der nächsten Lesung darüber zu befinden. Ohne Möglichkeit einer solchen Prüfung widersetzt sich die Redaktionskommission dem gestellten Antrag.

**Der Präsident** nimmt den Antrag zur Überweisung an die Redaktionskommission zur Kenntnis.

**Laurent Schneuwly** meint, dass es keine Frage der Redaktion ist: Man kann nicht in der Verfassung eine Aufgabenteilung vornehmen. Er widersetzt sich dem Antrag der Präsidentin der Redaktionskommission.

Nach Rückfrage **des Präsidenten** präzisiert **Antoinette de Weck**, dass sie nach wie vor eine Überweisung beantragt.

**Michel Bavaud**, Mitglied der Redaktionskommission, anerkennt die Bemühungen von Antoinette de Weck, doch ist die Redaktionskommission kein Papierkorb, in den man alle schwierigen Probleme werfen kann. Er ersucht alle Mitglieder des Rates, auch sprachliche Überlegungen anzustellen.

**Vincent Brodard** schlägt vor, den Antrag der CVP-Fraktion abzulehnen und die Frage nicht an die Redaktionskommission zu überweisen.

**Noël Ruffieux** wiederholt die Aufgaben der Redaktionskommission, der er angehört. Wenn man “Staat und Gemeinden” sagt, ist es nicht so sehr, um die Aufgaben zu teilen, sondern um die Solidarität zwischen den öffentlichen Gemeinwesen hervorzuheben. Das Gesetz wird die genaue Aufteilung vornehmen.

**Maurice Reynaud** wiederholt, dass die Redaktionskommission, der er angehört, diese Fragen eingehend geprüft hat. Er erklärt, dass die Arbeiten zur Überprüfung der Aufgabenteilung

zwischen Staat und Gemeinden seit langer Zeit andauern. Mit “der Kanton” wird man die Aufgabenteilung nicht vereinfachen. “Staat und Gemeinden” sind beide für die öffentlichen Aufgaben verantwortlich.

**Ambros Lüthi** unterstützt den Ordnungsantrag von Antoinette Weck. Auf Deutsch ist der Text noch schwieriger zu verstehen: Für die meisten Deutschsprachigen bezeichnet “Kanton” bloss die “kantonale” Ebene (im hierarchisch “höheren” Sinn) und niemals die Gemeinden. Das ist eine typische Frage in der Kompetenz der Redaktionskommission.

**Jean Baeriswyl** unterstützt den Antrag von Antoinette de Weck. Er ruft in Erinnerung, dass die Arbeit der Redaktionskommission, der er angehört, auf gründlichen und seriösen Abklärungen der beiden juristischen Berater fusst. Der von der CVP-Fraktion beantragte Abs. 1 sollte genügen, um die Gemeinden zu beruhigen.

**Erika Schnyder** ruft in Erinnerung, dass die Kommission 3 selber eher den Begriff “Staat” (als “Kanton”), “Gemeinden” oder “Staat und Gemeinden” gewählt hat. Antoinette de Weck selber hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es nicht bloss um eine redaktionelle Frage geht, sondern um eine vollständige Überprüfung der gemachten (inhaltlichen) Arbeit. Die Redaktionskommission kann deshalb diese Arbeit nicht übernehmen. Erika Schnyder widersetzt sich dem Antrag der CVP-Fraktion und namentlich dem Eratz in Abs. 1 von “Der Staat [...]” durch “Das Gesetz [...]”, was nicht heisst, dass die Gemeinden nicht konsultiert werden.

**Antoinette de Weck** zieht ihren Ordnungsantrag zurück.

Da sein vorgeschlagenes Verfahren nicht bestritten wird, schreitet **der Präsident** zur Abstimmung (Art. 58 Abs. 1). Er stellt den Antrag der CVP-Fraktion dem Vorentwurf gegenüber.

*Der Antrag der CVP-Fraktion wird mit 70 zu 46 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.*

**Der Präsident** schreitet zur folgenden Abstimmung (Streichung von Art. 58 Abs. 2 gemäss Antrag der Kommission 3).

*Der Streichungsantrag der Kommission 3 wird mit 95 zu 21 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.*

**Der Präsident** schreitet zur folgenden Abstimmung (Änderung der Wortwahl für die Art. 59 bis 89 gemäss Antrag der CVP-Fraktion).

*Der Antrag der CVP-Fraktion wird mit 87 zu 27 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.*

*Art. 58 ist gemäss Antrag der CVP-Fraktion angenommen. – Die Abänderung in den Art. 59 bis 89 ist aber abgelehnt.*

*Art. 59 [Grundsätze]*

*c) Aufgabenübertragung*

**Erika Schnyder** erklärt, dass diese Bestimmung inhaltlich nicht geändert worden ist. Sie stellt den Antrag der Kommission 3 (Änderung des Textes von Abs. 2, lesbarer und einfacher): “ ~~Ils conservent leur responsabilité et doivent contrôler la légalité de l’accomplissement des tâches déléguées et de l’utilisation des moyens mis à disposition. Les organismes et les personnes concernés sont soumis à la surveillance de la collectivité délégatrice.~~”“Sie bleiben für die Gesetzmässigkeit des Vollzugs der delegierten Aufgaben und für die rechtmässige Verwendung der Mittel verantwortlich. Die betreffenden Organisationen und Personen unterstehen der Aufsicht der bevollmächtigenden Körperschaft.”

Im Namen der SP-Fraktion unterstützt **Anna Petrig** den Text des Vorentwurfs. Sie möchte gerade den Satz: “Ils conservent leur responsabilité [...]”/“Sie bleiben [...] verantwortlich.” beibehalten.

**Erika Schnyder** erklärt, dass die Kommission 3 der Meinung war, der Begriff “Aufsicht” beinhalte den Sinn von “verantwortlich”, der im ursprünglichen Text stand.

**Der Präsident** schreitet zur Abstimmung. Er stellt den Antrag der Kommission 3 dem Text des Vorentwurfs gegenüber.

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 80 zu 32 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.*

*Art. 59 ist gemäss Antrag der Kommission 3 angenommen.*

### *Art. 59<sup>bis</sup> Verletzliche und abhängige Personen*

**Der Präsident** ruft in Erinnerung, dass der Rat die Versetzung der Bestimmung von Art. 35 in Art. 59<sup>bis</sup> bereits angenommen hat.

*Da das Wort nicht verlangt wird, ist der Inhalt von Art. 59<sup>bis</sup> jetzt ebenfalls angenommen.*

### *Art. 60 Materielle Sicherheit* *a) Arbeit*

**Erika Schnyder** stellt den Antrag der Kommission 3 (Streichung von Abs. 1).

**Philippe Pasquier** stellt den Antrag der Minderheit der Kommission (Hinzufügung eines Satzes am Ende von Abs. 1): “La loi fixe le montant du salaire minimum.”/“Das Gesetz bestimmt den Mindestlohn.”

**Félicien Morel** stellt den Antrag der Öff.-Fraktion (Hinzufügung eines neuen Abs. 3): “Un salaire minimum est institué pour les branches d’activité qui ne sont pas soumises à une convention collective de travail.”/“In Branchen, die nicht einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind, ist ein Mindestlohn vorgesehen.” Er fragt, ob sich die Minderheit der Kommission 3 nicht diesem Antrag anschliessen könnte.

Im Namen der CSP-Fraktion wünscht **Philippe Wandeler** einen Mindestlohn. Der Antrag der Öff.-Fraktion passt ihm.

Im Namen der FDP-Fraktion unterstützt **Katharina Hürlimann** den Antrag der Kommission 3 und widersetzt sich der Einführung eines Mindestlohns.

Im Namen der OL-Fraktion unterstützt **Claudine Brohy** den Antrag der Öff.-Fraktion.

Im Namen der CVP-Fraktion widersetzt sich **Claude Schenker** der Einführung eines Mindestlohns. Er möchte wirksamere Systeme bevorzugen wie den Steuerrabatt. Er unterstützt den Antrag der Kommission 3.

Im Namen der SVP-Fraktion widersetzt sich **Ueli Johner** dem Mindestlohn und unterstützt den Antrag der Kommission 3.

Im Namen der SP-Fraktion meint **Ambros Lüthi**, dass der Antrag der Öff.-Fraktion einen guten Kompromiss bildet. Der Steuerrabatt bringt armen Personen, die praktisch keine Steuern bezahlen, nichts. Er widersetzt sich dem Antrag der Kommission 3.

**Joseph Buchs** appelliert erneut an die Kürze der Debatten und fragt sich, ob man nicht auf persönliche Interventionen verzichten sollte. Er stellt aber keinen formellen Ordnungsantrag.

**Michel Bavaud** widersetzt sich dieser Sicht der Dinge: Es geht nicht nur um eine Debatte zwischen Parteien. Er unterstützt die Idee eines Mindestlohns gemäss Antrag der Öff.-Fraktion.

**Jean-Jacques Marti** widersetzt sich einem spürbaren Manichäismus – die “bösen” Arbeitgeber und die “guten” Arbeiter. – Er glaubt weiterhin an die Sozialpartnerschaft und widersetzt sich dem Mindestlohn. Er unterstützt den Antrag der Kommission 3.

**Philippe Remy** unterstützt den Antrag der Kommission 3 und widersetzt sich allen andern.

**Jacqueline Brodard** widersetzt sich dem Mindestlohn, der ihr nicht als Lösung erscheint. Sie möchte in dieser Frage Verhandlungen bevorzugen und fragt sich, welches die Lösung für die Unabhängigen ist.

**Eva Ecoffey** möchte den Abs. 1 beibehalten.

**Alain Berset** lädt zur Unterstützung des Antrags der Öff.-Fraktion ein.

**Marianne Terrapon** unterstützt die Idee eines Mindestlohns und meint, dass er beispielsweise mit dem Steuerrabatt durchaus vereinbar ist.

**Alexandre Grandjean** zieht den Antrag der Minderheit der Kommission 3 zu Gunsten des besseren Antrags der Öff.-Fraktion zurück.

**Eric Menoud** widersetzt sich dem Mindestlohn.

**Philippe Wandeler** unterstützt den Antrag der Öff.-Fraktion. Er wirft der CVP-Fraktion vor, sich den verschiedenen Massnahmen zur Bekämpfung der Armut zu widersetzen. Er unterstreicht, dass Politik vor Wirtschaft kommt.

**Denis Boivin** widersetzt sich dem Antrag der Öff.-Fraktion, der jenem der Minderheit der Kommission entspricht.

**Raphaël Chollet** begrüsst den Mindestlohn, der gemäss Antrag der Öff.-Fraktion eine subsidiäre Lösung bildet. Er fragt sich, welche wirtschaftliche Entwicklung gewünscht wird.

**José Nieva** ruft in Erinnerung, dass es heute um die wirklich tiefen Löhne geht (Reinigung, Verkauf, Industrieproduktion; Stundenlöhne von 12 bis 14 Franken).

**Félicien Morel** präzisiert, dass sich der Antrag der Öff.-Fraktion nicht auf die Unabhängigen bezieht. Er unterstreicht den Geist dieses Antrags: Der Verhandlungspolitik der Unternehmen im Kanton Freiburg Impulse verleihen. Der Anwendungsbereich der Gesamtarbeitsverträge würde zweifellos eher ausgeweitet.

**Marie Garnier** zitiert ein Mitglied der FDP, dessen Namen sie verschweigt: “Unsere Wirtschaft benötigt Mehrwert. Sie benötigt qualifizierte Leute. Wenn der Mindestlohn das Verschwinden einiger nicht qualifizierter, schlecht bezahlter Anstellungen nach sich zieht, ist dies ein Plus für unsere Wirtschaft.”

**Jean-Jacques Marti** bestätigt, dass, wie dies Félicien Morel gesagt hat, der Staat schon heute Lösungen verfügen kann, wenn sich die Sozialpartner nicht einig werden.

**Erika Schnyder** unterstützt den Antrag der Kommission 3 (Streichung von Abs. 1 und kein Mindestlohn).

**Der Präsident** präzisiert, dass die Minderheit der Kommission weiterhin die Beibehaltung von Abs. 1 des Vorentwurfs wünscht.

Da sein vorgesehene Verfahren nicht bestritten wird, schreitet **der Präsident** zur Abstimmung (Streichung von Abs. 1 gemäss Antrag der Kommission 3).

*Der Streichungsantrag der Kommission 3 wird mit 69 zu 49 Stimmen, ohne Enthaltung, angenommen.*

**Der Präsident** schreitet zur folgenden Abstimmung (neuer Abs. 3 gemäss Antrag der Öff.-Fraktion).

*Der Antrag der Öff.-Fraktion wird mit 66 zu 51 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.*

*Art. 60 ist angenommen gemäss Antrag der Kommission 3 (nur Abs. 1).*

**Vincent Brodard** schlägt der Redaktionskommission vor, den Untertitel abzuändern, da das Wort "Arbeit" in der Bestimmung nicht einmal mehr vorkommt.

---

Die Sitzung wird um 10.40 Uhr unterbrochen. Sie wird um 11.05 Uhr wieder aufgenommen.

---

### *III. TITEL*

#### *Das Volk*

#### *Erstes Kapitel*

#### *Politische Rechte in kantonalen Angelegenheiten*

#### *Art. 45 Initiative*

##### *a) Im Allgemeinen*

#### *Art. 46 b) Ausgearbeiteter Entwurf*

#### *Art. 47 c) Allgemeine Anregung*

#### *Art. 48 d) Totalrevision der Verfassung*

**Der Präsident** nimmt die Prüfung der Art. 45 bis 48 wieder auf, die gestern unterbrochen wurde. Er ruft in Erinnerung, dass der Antrag von Claude Schenker im Namen der CVP-Fraktion zu Gunsten des Antrags von Alain Berset zurückgezogen worden ist. Dieser Antrag ist jetzt übersetzt und wurde zu Beginn der Sitzung ausgeteilt. Dieser Antrag muss dem Dispositiv der Kommission 4 gegenübergestellt werden.

*Antrag von Alain Berset:*

#### **Art. 45** *Initiative constitutionnelle*

<sup>1</sup> 6000 citoyennes et citoyens actifs peuvent demander la révision totale ou partielle de la Constitution. Les signatures sont récoltées dans un délai de 90 jours.

<sup>2</sup> L'initiative tendant à la révision partielle de la Constitution peut prendre la forme d'un projet rédigé de toutes pièces ou être conçue en termes généraux. Elle doit être traitée par le Grand Conseil et soumise au peuple sans retard, cas échéant en même temps qu'un contre-projet du Grand Conseil.

<sup>3</sup> L'initiative tendant à la révision partielle de la Constitution est invalidée entièrement ou partiellement si elle viole le droit supérieur, si elle est inexécutable ou si elle ne respecte pas l'unité de la forme ou de la matière.

**Art. 46 Révision totale de la Constitution**

[Texte de l'actuel art. 48.]

**Art. 47 Initiative législative**

<sup>1</sup> L'adoption, la modification ou l'abrogation d'une loi peut être demandée aux conditions prévues pour l'initiative constitutionnelle.

<sup>2</sup> La loi en fixe les autres modalités.

**Art. 45 Verfassungsinitiative**

<sup>1</sup> 6000 Stimmberechtigte können die Total- oder Teilrevision der Verfassung verlangen. Die Unterschriften sind innert 90 Tagen zu sammeln.

<sup>2</sup> Die Initiative auf Teilrevision der Verfassung kann die Form eines ausgearbeiteten Entwurfs oder einer allgemeinen Anregung haben. Sie muss vom Grossen Rat behandelt und ohne Verzug, gegebenenfalls gleichzeitig mit einem eigenen Gegenentwurf, dem Volk unterbreitet werden.

<sup>3</sup> Die Initiative auf Teilrevision der Verfassung wird vollständig oder teilweise ungültig erklärt, wenn sie gegen übergeordnetes Recht verstösst, undurchführbar ist oder nicht die Einheit der Form oder der Materie wahrt.

**Art. 46 Totalrevision der Verfassung**

[Jetziger Text des Art. 48.]

**Art. 47 Gesetzesinitiative**

<sup>1</sup> Der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung eines Gesetzes kann unter den gleichen Bedingungen wie für die Verfassungsinitiative verlangt werden.

<sup>2</sup> Das Gesetz bestimmt die weiteren Modalitäten.

**Frédéric Sudan** meint, dass es jetzt bloss noch abzustimmen gilt.

**Antoinette de Weck** meint, dass es um eine redaktionelle Frage geht. Sie unterstreicht die Mängel des Antrags von Alain Berset und lädt ein, beim Text des Vorentwurfs zu bleiben.

**Der Präsident** nimmt zur Kenntnis, dass die Redaktionskommission im Antrag von Alain Berset die gleichen Mängel sieht wie in jenem von Claude Schenker.

Da sein vorgeschlagenes Verfahren nicht bestritten wird, schreitet **der Präsident** zur Abstimmung. Er stellt den Antrag von Alain Berset dem Text des Vorentwurfs gegenüber.

*Der Antrag von Alain Berset wird mit 72 zu 34 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.*

**Der Präsident** schreitet zur nächsten Abstimmung. Er stellt den Antrag der Kommission 4 jenem von Alain Berset gegenüber.

*Der Antrag der Kommission 4 wird mit 72 zu 35 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.*

*Art. 45 bis 47 sind gemäss Antrag von Alain Berset angenommen. Art. 48 ist gestrichen.*

### **3. Nominalabstimmung zum ganzen ersten Kapitel des III. Titels**

**Der Präsident** schreitet zur Nominalabstimmung zum ganzen ersten Kapitel des III. Titels (Art. 44 bis 51).

*Das erste Kapitel des III. Titels wird mit 83 zu 17 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, angenommen.*

*Die Nominalliste der Abstimmungen wird diesem Protokoll beigelegt.*

#### **4. Einzelberatung der Artikel des Vorentwurfs (Fortsetzung der zweiten Lesung)**

##### *IV. TITEL*

##### *Der Staat*

##### *ERSTES KAPIEL*

##### *Aufgaben*

##### *(Fortsetzung)*

##### *Art. 61 [Materielle Sicherheit] b) Armut*

**Erika Schnyder** erklärt, dass die Kommission 3 die Bestimmung beizubehalten wünscht.

**Der Präsident** geht davon aus, dass der Antrag von Joseph Rey, der heute wegen Krankheit entschuldigt ist, anlässlich der Debatte über den Mindestlohn in Art. 60 behandelt worden ist – Es ging darum, in Art. 61 einen neuen Abs. 2 einzuführen: “La loi fixe le revenu minimum garanti.”/“Das Gesetz bestimmt das garantierte Mindesteinkommen.”

*Da das Wort nicht verlangt wird, ist Art. 61 stillschweigend ohne Änderung angenommen.*

##### *Art. 62 [Materielle Sicherheit] c) Wohnen*

**Erika Schnyder** erläutert den Antrag der Kommission 3 (Streichung in Abs. 1 des Ausdrucks “à des conditions financièrement supportables”/“und zu finanziell tragbaren Bedingungen”; Ergänzung in Abs. 2: “L’Etat encourage l’aide au logement, la construction de logements et l’accès à la propriété de son logement.”/“Der Staat fördert die Wohnhilfe, den Wohnbau und den Zugang zu Wohneigentum.”).

**Katharina Hürlimann** zieht den Antrag der Kommissionsminderheit zu Gunsten jenes der Mehrheit zurück.

**Philippe Wandeler** stellt den Antrag, den er mit Joseph Rey, der heute wegen Krankheit entschuldigt ist, eingereicht hat (neuer Abs. 2 [“L’Etat prend des mesures pour protéger les locataires et sauvegarder leurs droits.”/“Der Staat trifft Massnahmen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter und zur Wahrung ihrer Rechte.”]) und Verschiebung vom gegenwärtigen Abs. 2 in Abs. 3).

Im Namen der FDP-Fraktion unterstützt **Katharina Hürlimann** den Antrag der Kommission 3 und widersetzt sich jenem von Joseph Rey.

Im Namen der SP-Fraktion unterstützt **Christian Seydoux** den Text des Vorentwurfs. Er meint, dass der Antrag von Joseph Rey von Abs. 1 der gegenwärtigen Bestimmung abgedeckt ist.

Im Namen der CVP-Fraktion unterstützt **Claudine Matthey** den Antrag der Kommission 3. Persönlich widersetzt sie sich dem Antrag von Joseph Rey.

Im Namen der CSP-Fraktion unterstützt **Philippe Wandeler** den Text des Vorentwurfs mit dem von Joseph Rey beantragten Zusatz.

Im Namen der OL-Fraktion unterstützt **Nathalie Defferrard** den Antrag der Kommission 3.

Im Namen der SVP-Fraktion unterstützt **Katharina Thalmann** den Antrag der Kommission 3 und widersetzt sich jenem von Joseph Rey.

**Erika Schnyder** unterstützt den Antrag der Kommission 3 und widersetzt sich jenem von Joseph Rey.

Da sein vorgeschlagenes Verfahren nicht bestritten wird, schreitet der Präsident zur Abstimmung. Er stellt den Antrag der Kommission 3 dem Text des Vorentwurfs gegenüber.

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 81 zu 30 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.*

**Der Präsident** schreitet zur folgenden Abstimmung (Ergänzung gemäss Antrag Joseph Rey).

*Der Antrag von Joseph Rey wird mit 74 zu 28 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, abgelehnt.*

*Art. 62 ist angenommen gemäss Antrag der Kommission 3.*

## *Art. 63    Wirtschaft*

### *a) Förderung*

**Erika Schnyder** erläutert den Antrag der Kommission 3: ~~“<sup>1</sup> L’Etat et les communes favorisent le développement et la diversité des activités économiques, l’équilibre entre les régions et le plein emploi. Dans le respect du principe de la liberté économique, l’Etat crée les conditions cadres favorisant le plein emploi, la diversité des activités et l’équilibre des régions. <sup>2</sup> Ils encouragent l’innovation ainsi que et la création et la reconversion d’entreprises.”~~<sup>1</sup> ~~Staat und Gemeinden fördern die Entwicklung und die Vielfalt der wirtschaftlichen Tätigkeiten, den regionalen Ausgleich und die Vollbeschäftigung. In Beachtung der Wirtschaftsfreiheit schafft der Staat Rahmenbedingungen zur Förderung der Vollbeschäftigung, der Vielfalt der Tätigkeiten und des regionalen Ausgleichs. <sup>2</sup> Sie fördern Er fördert die Innovation sowie und die Gründung und Neuorientierung von Unternehmen.”~~

Im Namen der FDP-Fraktion unterstützt **Jean-Jacques Marti** diesen Antrag.

Im Namen der SP-Fraktion widersetzt sich **Ambros Lüthi** diesem Antrag.

**Guido Müller** tut dasselbe.

**Jean-Jacques Marti** antwortet kurz Ambros Lüthi.

**Alain Berset** widersetzt sich dem Antrag der Kommission. Er wünscht getrennte Abstimmung zum Antrag der Kommission 3, der dem Text des Vorentwurfs nicht entgegensteht.

**Félicien Morel** unterstützt den Antrag der Kommission 3. Art. 100 BV erlaubt eine Konjunkturpolitik bis auf Gemeindeebene.

**Philippe Wandeler** meint, dass der Antrag der Kommission 3 eine Neuformulierung der gegenwärtigen Bestimmung ist. Trotzdem unterstützt er den Text des Vorentwurfs.

**Laurent Schneuwly** unterstützt den Antrag der Kommission 3, der viel mehr ist als eine Neuformulierung des gegenwärtigen Textes.

**Guido Müller** bedauert erneut, dass die Gemeinden nicht mehr erwähnt sind. Er fragt die Redaktionskommission, was sie von der Erwähnung eines Grundrechts, der Wirtschaftsfreiheit, im Antrag der Kommission 3 hält.

**Erika Schnyder** ruft in Erinnerung, dass die Kommission 3 die Bestimmung neu formuliert hat, um sich von den Auslegungen zu distanzieren, die im Rahmen der Vernehmlassung ge-

macht wurden. Mit Ausnahme der Streichung der Erwähnung der Gemeinden bleibt der Sinn des Artikels unverändert.

**Der Präsident** meint, dass der Antrag der Kommission 3 eine Alternative zum Text des Vorwurfs bildet. Er schreitet zur Abstimmung und stellt die beiden Texte einander gegenüber.

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 69 zu 40 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.*

*Art. 63 ist angenommen gemäss Antrag der Kommission 3.*

## *Art. 64 [Wirtschaft]*

### *b) Monopole und Regale*

**Erika Schnyder** ruft die Bemerkung des Staatsrats anlässlich der Vernehmlassung in Erinnerung: Die Regale werden aus historischen Gründen beibehalten. Es ist nicht angezeigt, neue zu schaffen. Somit kann man sich damit begnügen, die bestehenden Regale vorzubehalten: “L’Etat et les communes peuvent créer des monopoles et des régales lorsque l’intérêt public le commande. Les régales cantonales sont réservées.”“Staat und Gemeinden können Monopole und Regale errichten, sofern ein öffentliches Interesse dies erfordert. Kantonale Regale sind vorbehalten.”

*Da das Wort nicht ergriffen wird, ist Art. 64 stillschweigend gemäss Antrag der Kommission 3 angenommen.*

**Der Präsident** schlägt vor, noch Art. 65 zu behandeln. Da für die Freitagssitzung kein *Open-End* vorgesehen ist, wird sie um 12 Uhr geschlossen. Ausnahmsweise wird aber ein *Open-End* für den letzten Tag der zweiten Lesung am Freitag, 12. Dezember vorgesehen.

## *Art. 65 Familien*

### *a) Grundsätze*

**Erika Schnyder** erläutert den Antrag der Kommission 3: <sup>1</sup>“L’Etat et les communes protègent et soutiennent les familles dans leur diversité.” ~~2~~–~~Il reconnaissent les diverses formes de famille.~~ <sup>2</sup>“L’Etat développe une politique familiale globale. Il crée des conditions cadres permettant de concilier la vie professionnelle et la vie familiale.” ~~3~~–~~Il créent des conditions qui favorisent la maternité et la paternité et qui permettent de concilier la vie professionnelle et la vie familiale.~~ <sup>4</sup>“L’Etat développe une politique familiale globale. Les mesures en faveur de la famille doivent être coordonnées.” ~~5~~–~~La législation doit respecter les intérêts des familles.”~~“<sup>1</sup> Staat und Gemeinden schützen und unterstützen die Familien in ihrer Vielfalt. <sup>2</sup>Sie anerkennen die verschiedenen Formen der Familie. <sup>2</sup> Der Staat betreibt eine umfassende Familienpolitik. Er schafft Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen. <sup>3</sup>Sie schaffen Bedingungen, welche Mutter- und Vaterschaft begünstigen und ermöglichen, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen. <sup>4</sup>Der Staat betreibt eine umfassende Familienpolitik. Die Massnahmen zugunsten der Familie sind zu koordinieren. <sup>5</sup>Die Gesetzgebung hat sich mit den Anliegen der Familien zu vertragen.”

Im Namen der CVP-Fraktion widersetzt sich **Laurent Schneuwly** der Streichung von Abs. 5.

Im Namen der SP-Fraktion unterstützt **Nicole Lehner** den von der Kommission 3 beantragten Ausdruck “in ihrer Vielfalt”. Sie begrüsst den Antrag der Kommission 3, namentlich Abs. 2.

Im Namen der FDP-Fraktion unterstützt **Katharina Hürlimann** ebenfalls den Antrag der Kommission 3.

Im Namen der CSP-Fraktion unterstützt **Philippe Wandeler** den Antrag der Kommission 3. Der Inhalt von Abs. 5 ist selbstverständlich.

**Erika Schnyder** unterstützt den Antrag der Kommission 3.

Da sein vorgeschlagenes Verfahren nicht bestritten wird, schreitet der Präsident zur Abstimmung. Er stellt den von der Kommission 3 vorgeschlagenen Abs. 1 den Abs. 1 und 2 des gegenwärtigen Textes des Vorentwurfs gegenüber.

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 90 zu 17 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.*

**Der Präsident** schreitet zur folgenden Abstimmung. Er stellt den von der Kommission 3 vorgeschlagenen Abs. 2 den Abs. 3 und 4 des Vorentwurfs gegenüber.

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 95 zu 13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.*

**Der Präsident** schreitet zur folgenden Abstimmung (Streichung von Abs. 5 gemäss Antrag der Kommission 3).

*Der Antrag der Kommission 3 wird mit 58 zu 50 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.*

*Art. 65 ist angenommen gemäss Antrag der Kommission 3; Abs. 5 ist aber gemäss Antrag der CSP-Fraktion beibehalten.*

## **5. Schluss der Sitzung**

**Der Präsident** dankt den Verfassungsrätinnen und Verfassungsräten. Er sieht mit Genugtuung, dass der Rat auf der Grundlage eines soliden Kompromisses, der vom Volk günstig aufgenommen werden sollte, vorwärts kommt. Er hofft, dass die Dezembersession diese Richtung bestätigen wird und schliesst die Sitzung um 12 Uhr.

*Beifall.*

---

Freiburg, 14. November 2003

*Der Präsident:*

Christian Levrat

*Der Tagessekretär:*

Pierre Scyboz